

Information zur Berichterstattung über AWO AJS gGmbH

Die in den zurückliegenden Wochen veröffentlichten Beiträge zur Situation in der AWO Alten-, Jugend- und Sozialhilfe gGmbH (AWO AJS gGmbH) und im Landesvorstand der AWO Thüringen nehmen wir mit Betroffenheit zur Kenntnis. Schließlich schaden die darin veröffentlichten Vorwürfe gegen Verantwortliche der wichtigen und engagierten Arbeit unserer Mitglieder und Mitarbeitenden sowie den ehrenamtlich und hauptamtlich Beschäftigten der AWO in ganz Thüringen.

Die Aufklärung der dargelegten Sachverhalte obliegt zunächst vor allem den zuständigen Aufsichtsgremien der AWO AJS gGmbH. Aus unserer Sicht ist es zunächst und vor allem Aufgabe des Spitzenverbands sowie der Leitungsebene und der Aufsichtsgremien der jeweiligen Gliederung, für die Einhaltung des AWO Governance Codex und der Compliance-Regelungen Sorge zu tragen. Entsprechende Dokumente des Bundesverbands sind veröffentlicht, die Umsetzung der jeweiligen Leitlinien ist darin umfangreich beschrieben. Es muss daher verwundern, dass es auch nach fast drei Jahren der Veröffentlichung dieser Leitlinien und den damit einhergehenden Ankündigungen der Verantwortlichen sowohl des AWO Landesverbandes als auch seines Tochterunternehmens scheinbar bis heute nicht gelungen ist, die o.g. Regelungen umzusetzen.

Gleichzeitig distanziert sich unser Regionalverband ausdrücklich von einer Unternehmenspolitik und einem Führungsstil, wie dieser in den Beiträgen dargelegt wird. Die AWO Mitte-West-Thüringen setzt sich seit vielen Jahren für eine konsequente Umsetzung der Grundsätze und des Governance Codexes der Arbeiterwohlfahrt Deutschland ein und begreift diese als verbindliche Grundlage allen verbandlichen und unternehmerischen Handelns. Als ein stets wertebunden handelnder Verband legen wir in allen Bereichen allerhöchsten Wert auf die Anwendung und Umsetzung unserer Leitlinien und fordern dies auch von unseren Verbandskolleg*innen ein. Zuletzt haben wir dies im April 2019 in unserer Weimarer Erklärung erneut dokumentiert.

Für die mit der aktuellen Berichterstattung erhobenen Fragen und deren Aufklärung ist nach unserem Dafürhalten die Schaffung einer Arbeitsgruppe für Compliance und Transparenz allein kein probates Mittel. Wir gehen daher vor allem davon aus, dass der AWO Landesverband Thüringen e.V. für schnelle Aufklärung, sofortige umfängliche Transparenz und – sollte sich auch nur ein Teil bewahrheiten – entsprechende Konsequenzen Sorge tragen wird und fordern dies mit Nachdruck ein.

Den bereits mehrfach versicherten Willen des Landesvorstands und der Landesgeschäftsführung, Compliance-Regelungen einzuhalten und transparent zu agieren, sehen wir gleichwohl als einen notwendigen Schritt, um weiteren Schaden von der AWO Thüringen insgesamt abzuwenden. In eine neu zu gründende Arbeitsgruppe für Transparenz und Compliance werden wir uns daher selbstverständlich einbringen.

